

Medienmitteilung

## SAB und Gemeindeverband begrüßen den Entscheid des Nationalrates und engagieren sich gegen die schädliche „Pro Service public“ Initiative

**Wie schon zuvor im Ständerat, ist gestern auch im Nationalrat die „Pro Service public“ Initiative einhellig abgelehnt worden. Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB) und der Schweizerische Gemeindeverband (SGV) begrüßen den Entscheid und haben sich entschlossen, ein Nein-Komitee gegen die Initiative zu gründen. Die Vorlage kommt 2016 vors Volk.**

Die Volksinitiative „Pro Service public“ fordert, dass der Bund und von ihm kontrollierte oder beauftragte Unternehmen im Bereich der Grundversorgung kein Gewinn erzielen, keine anderen Bereiche querfinanzieren und keine fiskalischen Interessen verfolgen dürfen. Damit schadet die Initiative dem Service public massiv anstatt ihn zu stärken. Unternehmen ohne Gewinnmöglichkeit sind nicht in der Lage, zu investieren und damit ihre Infrastrukturen und Dienstleistungen zu erhalten und dem Wandel der Zeit anzupassen. Den bundesnahen Unternehmen werden die nötigen finanziellen Mittel entzogen um für die Schweizer Bevölkerung qualitativ hochstehende Leistungen anzubieten und sich auf die Zukunft vorbereiten zu können. Dies gefährdet das heutige hohe Niveau der Grundversorgung, insbesondere in den Randregionen und ländlichen Gebieten. Um den heutigen Umfang und die Qualität des Service public weiterhin gewährleisten zu können, müssten bei einer Annahme der Initiative die Steuerzahlenden und die Konsumentinnen und Konsumenten tiefer in die Tasche greifen.

Nach dem Ständerat haben sich nun auch im Nationalrat sämtliche Fraktionen gegen die Initiative ausgesprochen. Die Räte sind der Ansicht, dass die Initiative die unternehmerischen Freiheiten der bundesnahen Unternehmen zu stark einschränken und deren Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit schwächen und damit einen starken Service public gefährden würden. Mit ihrem Entscheid setzen die Räte dem Stimmvolk ein starkes Zeichen.

Die SAB und der SGV setzen sich seit vielen Jahren vehement für eine Aufrechterhaltung und laufende Weiterentwicklung der hohen Standards in der Grundversorgung ein. SAB und SGV begrüßen deshalb den Entscheid von National- und Ständerat und haben sich entschieden, ein Nein-Komitee zu gründen und sich gegen die Initiative zu engagieren. Das Volk entscheidet 2016 über die Vorlage.

Bern, 15. September 2015

Kontakt:

Thomas Egger, Direktor SAB, 079 429 12 55

Reto Lindegger, Direktor SGV, 031 380 70 00

[www.servicepublic.ch](http://www.servicepublic.ch)